

Meinungsumfrage Nr. 25

Eine große Mehrheit der Palästinenser verurteilt die gewaltsame Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen und befürwortet Neuwahlen. Die Erfolgsaussichten der für November geplanten Friedenskonferenz werden gering eingeschätzt.

73% der Palästinenser lehnen die Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen ab, 22% begrüßen sie (Gaza-Streifen 31%, Westbank 17%).

30% halten die Regierung von Ismail Haniyeh in Gaza für rechtmäßig, 38% die Übergangsregierung unter Salam Fayyad (22% keine von beiden).

Mehr als ein Drittel sieht als Hauptaufgabe der Fayyad-Regierung die Durchsetzung von Rechtssicherheit, gefolgt von Korruptionsbekämpfung und Reformen (22%) und der Wiederbelebung des Friedensprozesses (18%).

Mit Blick auf die innerpalästinensische Spaltung unterstützen 27% die Haltung der Hamas, Gespräche zwischen beiden Gruppen vorbehaltlos wieder aufzunehmen. 46% sprechen sich für die Position der Fatah aus, einen Dialog zwischen Hamas und Fatah an die Rückgabe der Kontrolle über die Sicherheitskräfte in Gaza an die PA und Präsident Abbas zu koppeln.

Die Erwartungen zu einer Wiederannäherung der Westbank und des Gaza-Streifens sind geteilt: Während rund die Hälfte (48%) eine Vereinigung der Regierungen beider Gebiete in den nächsten zwei Jahren vermutet, denken 22%, die Trennung bleibe permanent und 20% erwarten eine Vereinigung zu einem späteren Zeitpunkt. In Gaza wird eine baldige Einigung für wahrscheinlicher

gehalten (59%), als in der Westbank (42%).

Stimmenverteilung bei Parlamentswahlen zum jetzigen Zeitpunkt:

Fatah: 48 % (plus 5% seit Juni)

Hamas: 31 % (minus 2 %)

Alle anderen Parteien zusammen: 11% (minus 1%)

Unentschlossen: 10% (minus 3%)

Stimmenverteilung bei Präsidentschaftswahlen zum jetzigen Zeitpunkt:

- wenn Mahmoud Abbas (Fatah) und Ismael Haniyeh (Hamas) die einzigen Kandidaten wären: 59% Abbas, 36% für Haniyeh (bei 38% Nichtwählern).

- wenn Marwan Barghouti (Fatah) und Ismael Haniyeh (Hamas) zur Wahl stünden: 63% Barghouti, 32% für Haniyeh (bei 29% Nichtwählern).

Zur Einschätzung der aktuellen Situation der Palästinenser:

- Im Gaza-Streifen empfinden sie 8% als gut oder sehr gut.

- In der Westbank empfinden sie 27% als gut oder sehr gut.

- 56% der Befragten in der Westbank erwarten eine Verbesserung der ökonomischen Bedingungen, im Gaza-Streifen sind es 21%.

- An eine Verbesserung der Meinungsfreiheit und mehr Demokratie glauben 47% in der Westbank und 28% im Gaza-Streifen.

49% der Bewohner des Gaza-Streifens geben an, ihre Sicherheit habe sich verbessert, während sich nur 35% der Bewohner der Westbank sicherer fühlen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

THOMAS BIRRINGER

13. September 2007

www.kas.de

Die jüngst per Präsidentendekret vorgenommene Änderung des Wahlrechts in ein reines Verhältniswahlrecht unterstützen 58% der Befragten¹. Die Zustimmung zu weiteren Wahlrechtsänderungen in diesem Rahmen (Kandidaten müssen die PLO und das Basic Law akzeptieren) liegt bei über 60%. Die Zustimmung zu Neuwahlen ist in beiden Gebieten etwa gleich groß (65% im Gazastreifen und 60% in der Westbank), allerdings im Vergleich zum Juni (damals 75%) rückläufig.

Eine große Mehrheit (67%) glaubt, dass die für November angesetzte Friedenskonferenz erfolglos bleiben wird. Generell stimmen 57% einer Zwei-Staaten-Lösung zu, vorausgesetzt alle offenen Fragen werden vorher geklärt. 46% würden einer Lösung zustimmen, die den Grenzverlauf so modifiziert, dass die größeren Siedungsblocks in der Westbank zu Israel geschlagen und dafür ein entsprechender Gebietstausch mit den Palästinensern vorgenommen würde. Die Akzeptanz dieses Vorschlages ist im Gaza-Streifen höher als in der Westbank (54% bzw. 42%).

Diese Meinungsumfrage wurde vom „Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)“ in der Westbank und im Gaza-Streifen vom 6. bis 8. September 2007 durchgeführt. Insgesamt wurden 1270 Erwachsene an 127 zufällig ausgewählten Orten persönlich befragt. Die Fehlerquote liegt bei 3%.

Diese PSR-Umfrage wurde mit der Förderung der Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah durchgeführt.

¹ Mit einem solchen Wahlrecht hätte Hamas bei den letzten Parlamentswahlen im Januar 2006 keine die absolute Mehrheit erzielt.